

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.842.655

Wien, am 16. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Katharina Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Dezember 2020 unter der Zl. 4657/J-NR/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „humanitärer Katastrophe mitten in Europa – das offizielle Österreich schaut zu“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Gemeinden österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt? Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei? Wenn ja, um welche Gemeinden handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung. Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt? Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen? Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Städten österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt? Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei? Wenn ja, um welche Städte handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung. Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*

Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?

Wenn nein, warum nicht?

- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Bundesländern österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*

Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?

Wenn ja, um welche Bundesländer handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.

Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?

Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?

Wenn nein, warum nicht?

- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit Einrichtungen, wie z.B Kirchen oder NGOs, Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*

Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?

Wenn ja, um welche Einrichtungen und Institutionen handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.

Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?

Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?

Wenn nein, warum nicht?

Der Gegenstand dieser Fragen fällt nicht in die Vollziehung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA).

Zu Frage 5 bis 7:

- *Hatten bzw. haben Sie mit den griechischen Behörden bzw. Ihrem griechischen Amtskollegen Gespräche über den menschenunwürdigen Zustand auf Lesbos geführt?*

Wenn ja, mit wem genau hatten Sie Kontakt?

Wenn ja, wann genau?

Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?

Wenn nein, warum nicht?

- *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern im Rat der EU zum Thema gemacht?*

Wenn ja, wann genau?

Wenn ja, in welcher Form?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

- *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern bei dem zuständigen EU-Kommissar Margaritis Schinas zum Thema gemacht?*

Wenn ja, wann genau?

Wenn ja, wie oft?

Wenn ja, in welcher Form?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 1236/J-NR/2020 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung und auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 1237/J-NR/2020, beide vom 8. Mai 2020, sowie auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 3597/J-NR/2020 vom 30. September 2020.

Die Linie der österreichischen Bundesregierung dazu wird sich auch in Zukunft nicht ändern: wir werden auch weiterhin die Bekämpfung der Fluchtursachen durch Hilfe vor Ort und den Schutz der EU-Außengrenzen an erste Stelle setzen. Deshalb werden wir auch Griechenland weiterhin nachhaltig unterstützen. Entsprechend hat die Bundesregierung nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos umgehend die Soforthilfe für Griechenland auf Eur 2 Mio. verdoppelt. Insgesamt hat Österreich im letzten Jahr aus dem Auslandskatastrophenfonds Eur 3 Mio. über UNHCR für die Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland bereitgestellt. Betreffend weitere Leistungen Österreichs an Griechenland verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 4659/J-NR/2020 vom 16. Dezember 2020 durch den Bundesminister für Inneres.

Um die Situation - insbesondere der Kinder - im Lager Kara Tepe zu verbessern, haben wir uns entschlossen, ein Projekt von SOS Kinderdorf in diesem Lager zu unterstützen. Bis zu 500 Kinder aus dem Lager Kara Tepe sollen drei Jahre lang in einer Tagesbetreuungsstätte versorgt werden, um dort Betreuung und schulische Ausbildung zu erhalten. Ich bin meinem griechischen Amtskollegen dafür dankbar, dass er rasch eine politische Zusage für ein Gelingen dieses Projekts gegeben hat. Vor Kurzem haben Mitarbeiter unserer Botschaft in Athen SOS Kinderdorf bei einem Lokalaugenschein auf Lesbos begleitet. Die Vorbereitungen für den Betrieb der Tagesbetreuungsstätte sind abgeschlossen. Nachdem die Genehmigungen durch die griechischen Behörden erteilt wurden, kann die Tagesbetreuungsstätte voraussichtlich noch diese Woche ihren Betrieb aufnehmen.

Betreffend die Frage zu Gesprächen mit Vertretern Griechenlands kann ich berichten, dass ich mit meinem griechischen Amtskollegen Nikos Dendias regelmäßig telefoniere und persönliche Gespräche in Brüssel, Wien oder Athen führe. Die Generalsekretäre beider Außenämter stehen zudem in permanentem Kontakt zu allen wichtigen bilateralen Fragen, und kamen auch schon zu einem persönlichen Treffen in Wien zusammen. Die griechische Botschafterin wurde mehrmals zu ausführlichen Gesprächen im BMEIA empfangen. Die Österreichische Botschaft Athen steht zudem in laufendem Kontakt mit den zuständigen griechischen Behörden. Bei all diesen Gesprächen und Kontakten war selbstverständlich auch die Lage auf den griechischen Inseln ein wichtiges Thema. Auch mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Margaritis Schinas, führe ich unter anderem dazu regelmäßig Gespräche. Auf europäischer Ebene wird diese Frage nicht im von mir abgedeckten EU-Rat „Auswärtige Angelegenheit“ behandelt.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *Spricht sich die österreichische Bundesregierung für die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus den griechischen Lagern aus?
Wenn ja, was unternimmt sie dafür?
Wenn nein, warum nicht?*
- *Warum blockiert die Bundesregierung die Appelle der Gemeinden und Städte österreichweit, Menschen aufzunehmen?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 4659/J-NR/2020 vom 16. Dezember 2020 durch den Bundesminister für Inneres.

Mag. Alexander Schallenberg

